

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen
SPD, CDU, FWG, FDP, Die Grünen
in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Büdingen**

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher
Reiner Marhenke
Eberhard-Bauner-Allee 16
63654 Büdingen

24. November 2016

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

bitte nehmen Sie folgenden Prüfauftrag der Fraktionen SPD, CDU, FWG, FDP und Die Grünen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine Nutzung der "Alten Polizeistation" für die Jugendarbeit aus.

Der Magistrat wird beauftragt, die Umsetzbarkeit zu prüfen, ein Grobkonzept der Raumnutzung mit JJ zu erstellen, ein Grobkonzept der Sanierungsnotwendigkeiten mit Kostenschätzung zu erarbeiten und dem Ausschuss für Jugend, Kultur, Soziales in der Januarsitzung vorzulegen. Der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft ist einzubeziehen.

Parallel dazu sollen – im Falle des Scheiterns der Umsetzungen - alternative Standorte geprüft werden.

Die Sanierungskosten sind bei den Haushaltplan-Beratungen des Eigenbetrieb HHs 2017 zu berücksichtigen.

Begründung:

In der Julisitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, FWG, CDU, FDP, Die Grünen zur Jugendarbeit mit großer Mehrheit beschlossen. Die nun antragstellenden Fraktionen sind sich einig, dass schnellstmöglich ein Standort zur Fortsetzung der Jugendarbeit gefunden werden muss. Da die Umsetzbarkeit der Vorstadt 9-11, "Planet Zukunft", unwahrscheinlich wird, gilt es schnellstmöglich Alternativen zu suchen. Eine große Meinungsgleichheit herrscht bei der "Alten Polizeistation".

Herr Pfleger, JJ, spricht sich bereits seit Jahren dafür aus. Der Standort sei wegen der Nähe der Schulen und einer nicht unmittelbar angrenzenden Nachbarschaft optimal. Die Raumnutzungsmöglichkeiten ideal.

Die "Alte Polizeistation" befindet im Eigentum der Stadt (Eigenbetrieb) und ist kurzfristig wegen der Kontaminierung von Teilen des Außengeländes nicht veräußerbar.

Die antragstellenden Fraktionen sind sich bewusst, dass es erheblichen Sanierungsbedarf gibt, um das Gebäude nutzen zu können. Aber wir investieren in eine eigene Immobilie und haben auch eine Verantwortung, städtische Immobilien nicht vergammeln zu lassen.

Es soll schnellstmöglich gehandelt und alle notwendigen Schritte unternommen werden, die Umsetzung zu beschleunigen. Die antragstellenden Fraktionen gehen davon aus, dass die Räumlichkeiten nicht belastet sind (Aktenvermerk vom 23. Nov. 2017).

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Scheid-Vanisco